

Almut Möller

Das Ende der EU wie wir sie kennen

Die Krise in Griechenland entblößte die Schwachstellen der Beschaffenheit der EU. Sie blieb auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion immer nur ein Konglomerat aus Reformen und Reaktionen. Ein »neues Europa«, sozial und solidarisch, muss begründet werden.

2009, so dachten in Europa viele Regierungen und hofften vermutlich noch mehr, markierte das Ende der Europa-Grundsatzdebatte: die Verfassung gescheitert – ihre Ersatzlösung, der Vertrag von Lissabon, mühsam ausgehandelt und nach zähen Ratifizierungen im Dezember 2009 endlich in Kraft. Deckel drauf, und endlich zurück zum Tagesgeschäft – nach mehr als zwei Jahrzehnten des Werkelns an den EU-Grundlagenverträgen, das zu keiner Zeit einfach, zuletzt aber mit einer wachsenden Zahl von Mitgliedern und Regelungsbereichen immer schwieriger geworden war. Die EU ist kaum mehr reformierbar, so die Lektion, also Augen zu und weitermachen mit dem, was im Vertrag von Lissabon an Kompromissen erreicht werden konnte. Im eigentlichen Erfolgsmoment waren die Regierungen in Europa verzagt, taten aber alles dafür, Kritik am neuen Vertrag zu zerstreuen.

Zum Jahreswechsel 2009 krachte dann mitten in diese Scheinidylle das griechische Drama – und in den kommenden Monaten wurde deutlich, dass die Regierungen der EU-Länder zwar seit dem Vertrag von Maastricht mit viel gutem Willen eine institutionelle Reform nach der anderen beschlossen hatten. Dass dabei aber eine entscheidende Baustelle unangetastet geblieben war, ist rückblickend nachvollziehbar: Selbst im Überschwang der berechtigten Europaeuphorie im Zuge des Mauerfalls konnten die Regierungen der damals noch 12 Mitglieder im Vertrag von Maastricht Anfang der 90er Jahre nicht die Kraft mobilisieren, ihre neue Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf solide Füße zu



Almut Möller

(* 1977) ist Politikwissenschaftlerin im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin und beratendes Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

moeller@dgap.org

stellen. Hätten sie dies geschafft, was auch eine große Überzeugungsleistung bei den Menschen in der EU erfordert hätte, wären schon damals die Nationalstaaten gerupft ins neue Jahrtausend gezogen. Schwierig zu sagen, wo die EU und vor allem die Eurozone heute stünde – bis jetzt wird überzeugend das Argument vorgebracht, der Euro, sofern Teil einer »echten« WWU, stärke seine Mitglieder, wirtschaftlich und politisch.

Auf einmal ist die europäische Frage also wieder auf dem Tisch, und zwar sehr viel radikaler als in jeder der bisherigen Reformrunden. In diesen ging es immer wieder darum, Entscheidungsverfahren zu optimieren und die demokratische Legitimation der EU zu stärken, was nur leidlich gelang, aber immerhin gewisse Fortschritte brachte. Im Grunde folgten alle vergangenen Reformrunden nach Maastricht – Amsterdam, Nizza, Verfassungsentwurf, Lissabon – einer institutionell-bürokratischen Logik.

Heute geht es um weit mehr: Die Zukunft der Währungsunion steht auf dem Spiel, und mit ihr wird auch die Zukunft der EU als solche verknüpft. Die heutige Lage erfordert deshalb in erster Linie politische Antworten. Wenn jetzt also das Maas-

tricht-Paket für die Länder der Eurozone aufgeschnürt werden muss, mit bisher nur in Konturen erkennbaren Perspektiven einer Banken-, Fiskal-, Wirtschafts- und politischen Union, dann wäre es eine Option, sich aus dieser Debatte herauszuziehen und darauf zu verweisen, dass nun Konsequenzen aus dem brüchig gewordenen Europaversprechen zu ziehen sind.

Anstatt sich aus der Debatte herauszuhalten, ist jetzt aber die lohnendere Option, diese unerwartete Gelegenheit beim Schopfe zu greifen und die Fehlentwicklungen innerhalb der EU anzugehen, die keine der Reformverträge der 90er Jahre und auch nicht der Vertrag von Lissabon beheben konnten. Jetzt ist die Chance da, für ein anderes Europa zu streiten und zu werben, wie auch ein neues Papier der Grundwertekommission der SPD argumentiert: Jetzt besteht der nötige Handlungsspielraum, um die Weichen für eine demokratische, solidarische und gerechte Europäische Union zu stellen, deren innerer Zusammenhalt sie auch nach außen hin stärkt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den vergangenen Monaten oft ihr Mantra von der »Alternativlosigkeit« bemüht, um Unterstützung im Bundestag und unter ihren Wählern zu mobilisieren. Europapolitik ist aber wie alle Politik nie alternativlos, schon gar nicht in Krisenzeiten. Jetzt muss es vielmehr gelten, diese Alternativen herauszuarbeiten: in einem offenen Diskurs, der sich nicht hinter inhaltsleeren Parolen eines »mehr Europa«, einer »echten politischen Union«, einer ungebrochenen Linearität der Vergemeinschaftung und Zentralisierung oder gar hinter der Moralkeule versteckt. Und der Kritik an der heutigen Europäischen Union – etwa an ihrer Kompetenzverteilung, an ihrem nicht mehr zeitgemäßen Haushalt oder ihrem gerade in der Krise dramatischen Demokratie- und Transparenzverlust – nicht pauschal als »Europafeindlichkeit« brandmarkt.

Keine Flickschusterei mehr

Wie aber soll eine solche »neue EU« aussehen, und wie ist sie zu erreichen? Es sieht tatsächlich so aus, als müsste der Umbau der alten EU derart radikal sein, als dass man fast von einer Neugründung sprechen könnte: nicht, um alles Bisherige einzureißen, sondern um deutlich zu machen, dass es jetzt nicht um eine weitere Runde der Flickschusterei wie noch in den vergangenen Reformrunden geht. Und schon gar nicht auf ein Feilschen zwischen Regierungsvertretern hinter verschlossenen Türen hinauslaufen soll, wie es lange Zeit Praxis war. Nur ein stärker integriertes Währungsgebiet wird die Krise überwinden. Diesen großen Schritt hin zu einer neuen föderalen Balance zwischen der EU und ihren Mitgliedern gilt es demokratisch abzufedern, auf nationaler und europäischer Ebene. Und er erfordert wohl auch, dass die Länder der Eurozone der 17 nun voranschreiten – auf die Gefahr hin, dass die übrigen zehn EU-Länder gewollt oder ungewollt den Anschluss verlieren und dass diese neue Qualität von Ungleichzeitigkeit den Binnenmarkt untergräbt und damit die EU als Ganzes. Deshalb müssen die Euro-Länder versuchen, diese Risiken soweit wie möglich aufzufangen.

Sind mit dem Thema Euro Wahlen zu gewinnen? Diese Frage stellt sich im Jahr der Bundestagswahl in Deutschland. Leicht ist das bestimmt nicht. Eine wachsende Zahl von Menschen, auch in Deutschland, steht der Europäischen Union inzwischen skeptisch oder gar ablehnend gegenüber, auch wenn wohlmeinende Debattenbeiträge dies immer noch zu über-tünchen versuchen. Die Europapolitik ist endlich auf den Titelseiten, in den Parlaments- und Wahlkampfdebatten und in der öffentlichen Diskussion angekommen. Und sie zeigt aufseiten der Politik nicht selten eine Angst vor dem Bürger, der wie nie zuvor die Frage nach Kosten und Nut-

zen der Europäischen Union für Deutschland und sich selbst stellt. Dies macht die Überwindung der Krise zu einer besonders schwierigen Gestaltungsaufgabe. Wir brauchen jetzt Ideen, wie diese »neue EU« gebaut werden kann. Und wir brauchen Antworten, die die Menschen überzeugen.

Für eine neue EU streiten

Dieses Nachdenken über die Zukunft der Eurozone und der EU insgesamt erfordert auch, sich von Scheren im Kopf zu verabschieden. Scheren, von denen die wohlmeinende, konsensorientierte Europadebatte in Deutschland über Jahrzehnte geprägt war. Dazu gehört auch, zentrale Leitmotive des Integrationsprozesses im Lichte der Krise zu überdenken und entlang künftiger Herausforderungen neu zu deuten. Was kann Solidarität nach der Krise in Europa heißen? Wie kann ein politisches – und kein geografisches oder funktionales – Verständnis der Finalität dieser EU entstehen? Die heutigen Gründerväter und -mütter haben die Chance, die Europäische Union des 21. Jahrhunderts neu zu denken. Wie soll eine EU als soziale Demokratie künftig aussehen? Und was ist die Erzählung, die dieses neue Europa untermauert?

Vieles spricht mit Blick auf die globalen Veränderungen dafür, dass im Ergebnis auch unser Wohlstand und unser sozialer Zusammenhalt in Deutschland davon abhängen, ob wir es jetzt schaffen, eine gemeinsame Zukunft im Rahmen der Europäischen Union zu entwerfen, die auch den Zusammenhalt nach innen wieder stärkt. Dazu braucht es eine andere EU als die, die wir bisher kannten: subsidiär, demokratisch, solidarisch und gerecht. Eine EU, die anerkennt, dass die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Eine EU, die anerkennt, dass nicht die europäische Ebene der wichtigste Bezugspunkt

für die Menschen in Europa sein wird, sondern ihr Land, ihre Region, ihre Kommune. Die anerkennt, dass manche Sprachbarrieren weiter bestehen bleiben werden. Jetzt ist die Chance da, die Weichen für diese neue Union zu stellen.

Die anderen EU-Länder erwarten jetzt von Deutschland nicht, wie in der aktuellen Debatte oft dramatisiert, die Finanzierung der künftigen EU. Sie erwarten vielmehr überzeugende Ideen, die handlungsleitend für den Bau der neuen EU sein können. Jetzt ist es wichtig zu zeigen, dass es in Deutschland eine Debatte mit Alternativen gibt. Vor allem für die Jugend Europas, die anfängt, den Glauben an das europäische Versprechen zu verlieren.

In der Vergangenheit war gebetsmühlenartig von einem »Mitnehmen der Bürger« die Rede, um die »Lebenswelt der Bürger mit denen Brüssels zu verbinden« – mit wenig Erfolg. Die vergangenen Monate haben gezeigt: Die Menschen in Europa mischen sich durchaus selbst ein, wenn sie den Eindruck haben, dass es um wichtige Entscheidungen über ihre Zukunft geht, und wenn sie in Wahlen und Abstimmungen die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen. In Deutschland haben sie dazu in der Bundestagswahl 2013 Gelegenheit, 2014 steht die nächste Direktwahl zum Europäischen Parlament an.

Wenn die europäische Sozialdemokratie sich offensiv und mit überzeugenden Europaprogrammen in die anstehenden Wahlen einmisch, hat das Ziel einer neuen, sozialen und demokratischen Europäischen Union eine Chance. Die Erzählung für das 21. Jahrhundert könnte dann lauten: Europa ist der Ort, an dem wir auch in Zukunft frei sein können, weil wir gelernt haben, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Denn nur gemeinsam können wir Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden auf unserem Kontinent dauerhaft bewahren und eine Union schaffen, in der wir und Menschen aus der ganzen Welt gerne leben. ■